

Erscheint täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Verantwortlicher Redaction:
Samstag 10-12 Uhr.

Wochentags 4-6 Uhr.

Die in Rücksicht eingehender Werra-
klausen macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Abtheilungen für Zus. Anzeigen:
Cass. Nr. 10, Universitätsstr. 22,
Sankt Nikolai, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertel 4 1/2 Thlr.,
incl. Frangirung 5 Thlr.,
durch die Post bezogen 6 Thlr.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
mit Postbeförderung 48 Pf.

Inserte 5 Ggr. Petizelle 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis - Tabellarisch:
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionstisch
die Spalte 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Expedition
zu senden. - Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung praenumerando
oder durch Postorfschuß.

Nr. 263.

Sonnabend den 20. September 1879.

73. Jahrgang.

Bestellungen auf das vierte Quartal 1879 des Leipziger Tageblattes (Auflage 16,000)

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 33, ge-
langen lassen. Außerdem werden von sämtlichen hiesigen **Zeitungsredactoren**
Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und ausgeführt. Auswärtige Abonnenten
müssen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt

pr. Quartal 4 Mark 50 Pfennige,
inclusive Bringerlohn 3 Mark,
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind ohne Postbeförderung 39 Mark, mit Postbeförderung
48 Mark Beilegegebühren unter Vorauszahlung zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 5 gespaltene Petizelle 20 Pfennige,
für Reclamen aus Petizchrift unter dem Redactionstisch 40 Pfennige.
Größere Schriften werden, gering abweichend von dieser Norm, nach
unserm Preisverzeichnis berechnet, wogegen bei tabellarischem und Ziffer-
Satz Berechnung nach höherem Tarif eintritt. Rabatt wird nicht ge-
geben. Zahlung praenumerando oder durch Postorfschuß.

Das Tageblatt wird früh 6 1/2 Uhr ausgegeben und enthält die bis zum
vorhergehenden Abend eingelaufenen wichtigsten politischen und Börsen-Nachrichten in
telegraphischen Original-Depeschen. Mit seiner „Volkswirtschaftlichen Beilage“
bildet es zugleich das größte Handels- und Börsenblatt Sachsens. Es bringt namentlich
auch sämtliche wichtige deutsche und überseeische Handelsberichte.
Leipzig, im September 1879.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Wegen der Messe

ist unsere Expedition

morgen Sonntag Vormittags bis 12 Uhr
geöffnet. **Expedition des Leipziger Tageblattes.**

Brennholzauktion.

Es sollen **Freitag den 26. September d. J., von Vormittags 9 Uhr ab**
im alten botanischen Garten hier
circa 60 Rm. diverse Stochholzscheite und 87 Stück harte Abraumhauen
unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen gegen sofortige Bezahlung meist-
bietend versteigert werden.
Zusammenkunft an der Brücke der verlängerten Albertstraße.
Leipzig, den 17. September 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Stdt.
Dr. Georgi.

Bekanntmachung.

Unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 2. Februar 1878,
das Prähausschreiben der Droshen, welche dem hiesigen Droshen-
bestimmern wir hiermit, daß alle diejenigen Concessionäre von Droshen, welche dem hiesigen Droshen-
vereine nicht angehören und auf welche daher die von letzterem aufgestellte Commandirung keine Anwen-
dung findet, ihre Droshen insgesammt pünktlich zu den in §. 16 des Droshenregulativs vom 20. September
1874 bemerzten Zeiten in Dienst zu stellen, bei auf den Stationsplätzen aufzufahren haben. Zuwiderhand-
lungen gegen diese Bestimmungen werden unmissverständlich mit Strafe neabgetrieben.
Leipzig, am 18. September 1879. Das Polizei-Comité der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Rübner.

Gewölbervermietung.

Das seitler in den Messen zu einem Bedergeschäft und außer den Messen zu einem Blumenverkauf
benutzte Gewölbe nebst Schreibstube sammt Zubehör in dem Unterstadtgrabenstraße, Ritterstraße 6/7
soll vom 1. April 1880 an auf weitere sechs Jahre im Wege der Votation vermiehet werden.
Reflectanten werden ersucht, sich hierzu
Donnerstag, den 25. September d. J., Vormittags 11 Uhr
im Unterstadt-Rentamt (Bauhinium) einzufinden und ihre Gebote abzugeben.
Die Mietbedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus, auch bleibt dem Rentamt die Auswahl unter
den Bietenden und die Entscheidung in der Sache vorbehalten.
Leipzig, am 8. September 1879. Unterstadt-Rentamt.
Oral.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 19. September.

Fürst Bismarck sollte heute in Wien eintreffen.
Mit diesem Besuche sind die auswärtigen Be-
ziehungen des deutschen Reiches in marxian-
ter Weise in den Vordergrund des politischen
Interesses getreten. Der Reichstagler besiegelt
damit seinen auf dem Berliner Congresse
bezüglich der Ordnung der Reichsverhältnisse des
heutigen Europa geübten Einfluß und damit die
Bedeutung seiner Staatskunst überhaupt. Wir
neigen der Ansicht zu, daß mit diesem Besuche der
österreichischen Kaiserfahrt der deutschen Po-
litik eine neue Bahn eröffnet und endgültig mit
den russischen Einwirkungen auf die Haltung
des deutschen Reiches gebrochen ist.
Wir erhalten zu diesem Thema aus Berlin
vom Donnerstag den folgenden Bericht unseres
Correspondenten: „Die Nachricht von dem bevor-
stehenden Abschluß eines Garantievertrags
zwischen Deutschland und Oesterreich macht
die Kunde durch die europäische Presse mit Ein-
schluß der officiellen. Bemerkenswert ist es, daß
die halbamtlichen Anhebungen hiesiger, zum
Auswärtigen Amt in Beziehung stehender
Correspondenten auswärtiger Blätter die Nachricht
bestätigen, daß die deutsch-russische russische
Politik zum Eintreten Deutschlands in eine nähere
Allianz mit Oesterreich führen werde. Ander-
erseits ist zu constatiren, daß die hiesigen Gouber-
nementalen nicht, wie von manchen Seiten er-
wartet wurde, die angelegentlichsten Vorberhandlungen
über den Abschluß eines deutsch-österreichischen Ver-
trages dementsind haben. Wie bei einer so weit-
tragenden Mittheilung erklärlich, haben sich in der
unabhängigen Presse zahlreiche pro und contra über
die Opportunität eines engeren Bündnisses der beiden
Reichreiche erhoben. Nach unseren Informationen
dürfte jenen Ansprüchen entgegenzutreten sein,
welche als Konsequenzen des Garantie-Tractats einen
Krieg mit Rußland in Sicht stellen. Gerade die
ungetriebene Politik leitet sowohl Deutschland wie
Oesterreich, welche in der unterhöblichen Sprache
der russischen Staatsmänner und Generale und
den Bewegungen der französischen Diplomatie den
nächsten Anlaß finden, durch die gegenseitige Ge-
ranteie des Bestandes der Allianzgehalte an der
Seine und die heißblütigen Röhre der Moskowiten
mit einem kalten Wasserstrahl zu besetzen. Der
Effect eines zu erwartenden deutsch-österreichi-
schen Offensiv- und Defensiv-Bündnisses
macht sich heute schon in der Herdosität hiesiger
Russophilen geltend. Sie erklären, daß jetzt erst
von ihren Diplomaten Veranlassung genommen
werde, den militärischen Charakter der Mission
des Generals Rantensfel zur Kenntniß weiterer
Reise zu bringen. Der General habe ge-
radezu die Zurückziehung der russischen
Truppen von unserer Ostgrenze gefor-
dert, weil sonst Kaiser Wilhelm sich ge-

nüthigt sehen würde, zu gleichen Maß-
regeln in unseren Provinzen zu
greifen. In Folge dessen habe der Czar eine
Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm verlangt,
über deren Resultat noch keine bestimmten Nach-
richten vorliegen. So weit die Mittheilun-
gen russischer diplomatischer Agenten, die
es, nebenbei gesagt, für begründlich erklären,
wenn der russische Botschafter am hiesigen
Hof einige unumwundene Aeußerungen über seine
exponirte Stellung fallen ließ, woraus irrthümlicher
Weise geschlossen worden, daß er seine Abberufung
verlangt hätte. Wie indessen Fürst Bismarck das
Resultat der Entree in Alexandrow auf-
sicht, beweist der Umstand, daß es sich nicht bloß
um einen conventionellen Gegenbesuch des von den
Geschäften zurückgetretenen Grafen Andrassy
handelt, sondern vornehmlich um eine Unterredung
des deutschen Reichskanzlers mit dem Kaiser
Franz Joseph, welcher letzterer eigens zu diesem
Zwecke morgen in Wien eintrifft.“
So weit der Herr Correspondent. Klar erkenn-
lich ist die Bedeutung des Wiener Besuchs auch
dadurch, daß sich die hochofficiöse „Vol. Corresp.“
aus Berlin wie folgt schreibt: „Die Be-
freiung der Christen im Orient war das Ziel
des russischen Krieges, welches anerkannt mit
Hülfe Deutschlands erreicht worden ist. Die wei-
tere Gestaltung der Dinge auf dem Balkan ist
aber dem Interesse Europas, in erster Linie
des unmittelbar davon betroffenen Oesterreich-
Ungarn unterworfen, und für Deutschland tritt
mehr denn je die Ermöglichung in den Vordergrund,
welche bereits im Herbst 1870 in marxianter Weise
zum Ausdruck gelangte: daß unbeschadet aller
freundschaftlichen Beziehungen zu einem freun-
dschaftlich gestimmten Rußland ein festes und
ausrichtiges Verhältnis des in sich fest
geschlossenen deutschen Reiches zu Oester-
reich-Ungarn die sichersten und natür-
lichsten Bürgschaften für den Frieden
Mittel-Europas darbietet.“
Herr von Büttamer wird dem preussischen
Schulwesen anscheinend nicht diejenige gezielte
Regelung zu Theil werden lassen, die von seinem
Vorgänger im Amt, Dr. Falk, geplant war.
Es ist charakteristisch, daß unter den Aufgaben
für die bevorstehende Session und weiter für die
ganze neue Legislaturperiode des Landtags von
seiner Seite die endliche Feststellung des durch die
preussische Verfassung vor dreißig Jahren ver-
bürgerten Unterrichtsgesetzes oder wenigstens
die Erledigung irgend welcher Einzelfrage aus dem
weiten Gebiete des Unterrichtswezens genannt wird.
Nicht einmal die so oft verlangte und noch in der
letzten Session vom Abgeordnetenhaus stark betonte
Regelung des Dotations- und Pensionswesens der
Volksschullehrer wird durchgesetzt werden
können. Unter diesen Umständen ist es leicht be-
greiflich, wenn praktische Schulmänner für dießmal
auf die Ehre verzichten, der gesetzgebenden Körper-

Von der Fortschrittspartei.

Wir haben der Berliner Fortschrittspartei zu
viel Ehre angethan, als wir nentlich die Hoffnung
ausdrücken, daß die auf dieser Seite des Ratio-
nalliberalen gegenüber sich anbahnende Nähe-
gung von Bestand und Dauer sein möge. Die
sonst so beliebte Doh auf der ganzen Linie
wieder begonnen und zwar mit der dieser Partei
eigenhümlichen Planmäßigkeit, welche in der mit
rigorosem Terrorismus bewirkten Centralleitung
ihre Ursache findet. Das Parteiorgan der
Rationalliberalen, die „Nationalliberale
Correspondenz“, constatirt gleichfalls diesen Rück-
fall in die alte Gemohnheit, indem es sich wie
johet an die Adresse der Herren Richter und Ge-
nossen wendet: „Im Spätherbst des vorigen
Jahres hielt die „deutsche“ Fortschrittspartei
in Berlin einen Parteitag ab, auf welchem
ganz unerbittlich ein neuer Eroberungszug auf
nationalliberale Gebiet angekündigt wurde.
Man hätte erwarten können, daß die inzwischen
eingetretenen Ereignisse die Urheber dieses Planes
veranlaßt hätten, denselben aufzugeben oder ihn
wenigstens bis zu passender Zeit bei Seite zu
legen. Die reactionäre Strömung in Deutschland
hat durch die Ereignisse des letzten Sommers einen
gewaltigen Vorstoß erhalten. Kein politisch
denkender Kopf kann darüber in Zweifel sein, daß
dasjenige, was wir an freihethlichen Institutionen
besitzen, nur geteilt werden kann durch einträch-
tiges Zusammengehen aller Liberalen, nicht aber
durch Ausräumung von Programmen, welche in die
liberalen Richtungen nur Spaltung tragen können.
Jard auf die Schranken zur entschlossenen Ver-
teidigung der Errangenen — Das allein kann
heute die Lösung der Liberalen sein. Zur Er-
reichung neuer theoretischer Forderungen war die
Zeit wahrlich niemals weniger geeignet als jetzt.
Ander denken die Heißsporne der Fortschritt-
partei. Statt den alten Streit mit den National-
liberalen für diesmal wenigstens ruhen zu lassen,
suchen sie ihn ohne alle Veranlassung von Neuem
an. Wir haben dazu geschwiegen, als Herr Rloß
nentlich in einer Wählerversammlung zu Tempelhof
des vor 3 Jahren im Reichstage über die Justizgesetze
geschlossene Compromiß wieder zum Ausgangspuncte
einer geschäftigen Diatribe gegen die nationalliberale
Partei nahm. Es ist ja so menschlich-natürlich,
daß einem ein vor Zeiten eingeleitetes Lied
unwillkürlich wieder in die Kehle kommt, wenn man
plötzlich in die alte Atmosphäre zurückversetzt wird.
Wir haben auch noch geschwiegen, als vor einigen
Tagen das Hauptorgan der Berliner Fortschritt-
partei, die „deutsche Zeitung“, der nationalliberalen Par-
tei in ihren Worten den Vorwurf machte, den
politischen Charakter des deutschen Volkes verbor-
den zu haben. Ein derartiger vereinzelter Rück-
fall in allgewohnte Nebenarten schien uns noch
nicht die Veranlassung zu rechtfertigen, daß es auf
eine wirkliche Bekämpfung der nationalliberalen

Partei abgesehen sei. Heute müssen wir uns aus
der „Bos. Bg.“ überzeugen, daß System in der
Sache ist: „Dem ansichtig und wahrhaft libe-
ralen Manne liegt nur die eine Sorge nahe, wie
wir aus dem molustenartigen Zustande der natio-
nalliberalen Aera zu festen politischen Verhält-
nissen gelangen, dem Liberalismus überhaupt
wieder Rückgrat und Mark geben. Den besten
Stoff dazu bieten die Candidaten mit dem offenen
Bekenntnis der Fortschrittspartei und man sollte
sich froh sein, deren noch genug zu finden. Wie vor
dreißig Jahren nach der octroyirten Verfassung
geht ein Zug durch das Land, der die damals viel
geschwätzte Wahlenthaltung rechtfertigen zu wollen
scheint. Von einem Hader unter den Liberalen
sollte da nicht die Rede sein, sondern von einer
Reinigung, so daß den Festen und Besten neiblos
liberal die erste Stelle eingeräumt wird.“ An einer
anderen Stelle wird ausgesprochen, daß „der Best-
stand von Wahlkreisen für die verschiedenen Par-
teien kein berechtigter, nur ein aus der Statistik
abgeleiteter Begriff“ sei. Der Sinn
ist klar: Als berechtigte liberale Candidaten sind
nur noch die „Candidaten mit dem offenen Be-
kenntnis der Fortschrittspartei“ zu betrachten;
auf den Umstand, daß ein Wahlkreis bisher
durch einen nationalliberalen Abgeordneten ver-
treten wurde, ist gar keine Rücksicht zu neh-
men. — Man sieht, diese Herren wollen
den Streit. Wir andererseits haben wenig Paß,
denselben zum Zwecke einer Zeitungsgeschichte aufzu-
nehmen; es genügt uns, die Unbedenklichkeit
dieser Politik zu constatiren. Im Uebrigen
können wir die Sache getrost der Entscheidung des
Landes anheimgeben. In der liberalen Bevölke-
rung vieler Wahlkreise ist die scharfe Trennung,
welche in unseren Parlamenten zwischen national-
liberaler und Fortschrittspartei besteht, niemals
vorhanden gewesen. Dort wird man für den jetzt
ausß Neue angefahten Hader gar kein Verständ-
nis haben. Ja! noch weniger Geschmad aber
wird an diesem Treiben eine Reihe anderer Wahl-
kreise finden, in denen die Liberalen sich anschlie-
lich zur Fortschrittspartei rechnen. Es ist ja ein
öfentliches Geheimnis, daß innerhalb der parla-
mentarischen Fortschrittfracction schon seit
längerer Zeit zwei Strömungen einander bekämpfen,
eine verhältnißig liberale und eine radikal bloß
radicale Richtung. Nur eine Art Terrorismus
hat bisher die Spaltung der fracction verhielt.
Die besonnenen Liberalen im Lande werden jetzt
darüber zu urtheilen haben, ob es an der Zeit ist,
der maßvollen, aber entschlossenen Verteidigung-
politik, welche der nationalliberale Wahlkreis ver-
tritt, eine Politik des aggressiven Radicalismus
entgegenzustellen, ob es an der Zeit ist, den
Nationalliberalen von Seiten der Fortschrittspartei,
wie es in der „Bos. Bg.“ geschieht, in aller Form
den Krieg zu erklären. Wir sind nicht zweifelhaft,
wie diese Entscheidung ausfallen wird.“